

Verordnung über die Durchführung der pauschalen Steueranrechnung

(Änderung vom 30. Juni 2010)

Der Regierungsrat beschliesst:

1. Die Verordnung über die Durchführung der pauschalen Steueranrechnung vom 7. Dezember 1967 wird wie folgt geändert:

§ 3. ¹ Über die im Kanton Zürich eingereichten Anträge entscheidet das kantonale Steueramt. Entscheid

Abs. 2 unverändert.

§ 4. Abs. 1 unverändert.

² Über Einsprachen entscheidet das kantonale Steueramt, über Beschwerden die kantonalen Steuerrekurskommissionen.

Rechtsmittel
und Rechts-
mittelinstanzen

§ 4a. Abs. 1 unverändert.

² Die Finanzdirektion legt den kantonalen Anrechnungstarif (mit Grundtarif, Verheiratetentarif und Elterntarif) fest. Sie berücksichtigt dabei die durchschnittliche kantonale und kommunale Steuerbelastung, unter Ausschluss der Kirchensteuer und mit Einschluss der Bundessteuer.

Berechnung des
Maximalbetrags

³ Der Anrechnungstarif wird dem Eidgenössischen Finanzdepartement zur Genehmigung unterbreitet.

§ 5. ¹ Die anrechenbaren Beträge werden dem Antragsteller gemäss Weisung des kantonalen Steueramtes durch die Staatskasse ausbezahlt. Rückerstattung

Abs. 2 unverändert.

§ 6. Das kantonale Steueramt führt den Wiedereinzug ungerechtfertigt ausbezahlter oder verrechneter Steuerbeträge durch und beantragt bei Widerhandlungen bei der Eidgenössischen Steuerverwaltung die Einleitung der Strafverfolgung.

Ungerechtfertigte
Anrechnung
und
Strafverfolgung

§ 9. ¹ Das kantonale Steueramt ermittelt aufgrund der Entscheide über die Steueranrechnung die von Bund, Kanton und Gemeinde zu übernehmenden Anteile. Abrechnung

Abs. 2 unverändert.

II. Diese Änderung tritt am 1. August 2010 in Kraft.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:
Hollenstein

Der Staatsschreiber:
Husi